

Wilhelmsplatz in Bamberg, Kosten und Finanzierung - Sachstand



Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2013/0096-65	
Federführend: 65 Entsorgungs- und Baubetrieb	Status: öffentlich	
Beteiligt:	Aktenzeichen: Datum: 28.02.2013 Referent: Ilk Michael Amtsleiter: Sachbearbeiter: Probst Florian	
Wilhelmsplatz in Bamberg, Kosten und Finanzierung - Sachstand		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
10.04.2013	Bau- und Werkssenat	Kenntnisnahme

I. Sitzungsvortrag:

0. Vorbemerkung

Im Rahmen der o.g. Maßnahme wurde letztmals im Bau- und Werkssenat am 23.06.2010 über die Finanzierung der Maßnahme berichtet.

In der Zeit vom 18. Mai 2011 bis zum 4. November 2011 wurden durch die Firma Gerhard Kasper GmbH, Bad Colberg-Heldburg unter der örtlichen Bauleitung des IB Höhen & Partner auf einer Baufläche von rund 4.300 Quadratmeter, ca. 2.300 Quadratmeter Granitpflaster, ca. 700 Quadratmeter Pflasterklinker und ca. 1.300 Quadratmeter Asphalt in den Fahrbahnen verbaut.

Nach rund fünf Monaten Bauzeit präsentierte sich der neue Wilhelmsplatz als „runde Sache“: großzügig, repräsentativ, geordnet. Die Anlage eines Kreisverkehrs erhöht die Leistungsfähigkeit am Knoten. Die Erfahrungen belegen eine zügigere Verkehrsabwicklung. Rückstaus an den Einmündungen halten sich infolge der Vorfahrtsregelungen in Grenzen. Nach Auskunft der Polizei ist der Wilhelmsplatz kein Unfallschwerpunkt mehr. Gleichzeitig wurden die vorhandenen städtebaulichen Missstände beseitigt.

Die bauliche Abwicklung und Kosten lagen – unter Berücksichtigung der Mehrleistungen - im Plan. Besonders hervorzuheben ist, dass aufgrund einer detaillierten Planung der Bauphasen im Vorfeld, es während der insgesamt sieben Bauphasen immer gelungen ist, die Zufahrt zur Innenstadt zu gewährleisten. Bereits ab dem 13. September war der Kreisverkehr befahrbar und alle Verkehrsbeziehungen wieder möglich. Mit der offiziellen Verkehrsfreigabe am 7. November 2011 fand eine lange Planungsgeschichte einen guten Abschluss.

1. Kosten und Finanzierung

Die Kosten in Höhe von rund 1,2 Millionen Euro wurden zum größten Teil aus dem städtischen Haushalt finanziert. Weitere Mittel stammen aus verschiedenen staatlichen Zuschüssen wie etwa Zuwendungen nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Weiterhin fördert der Freistaat Bayern die Infrastrukturmaßnahme über das Städtebauförderungsprogramm (StBauF). Außerdem werden aufgrund der haushaltsrechtlichen Vorgaben Straßenausbaubeiträge nach der Straßenausbaubeitragssatzung (StABS) herangezogen.

Kosten

	<i>Summe Haushaltsansätze</i>		<i>lt. Kostenfeststellung (Stand: 06.03.2013)</i>
2007	40.000 Euro	Straßenbauarbeiten	871.271 Euro
2008	215.000 Euro	Beleuchtung	110.523 Euro
2009	282.490 Euro	Überwinterung 2010	19.797 Euro
2010	-	Nebenkosten	180.382 Euro
2011	967.000 Euro	Bepflanzung	9.332 Euro
2012	33.480 Euro	Wegebau um Grünfläche	23.091 Euro
		Unterflurcontaineranlage	40.597 Euro
		Rundung	
			ca. 73.000 €
Bruttosumme	<u>1.537.970 Euro</u>		<u>1.255.294 Euro</u>

Finanzierung

	<i>Annahmen lt. Gesamtfinanzierungsplan (Bau- und Werksenat v. 23.06.2010)</i>	<i>Bau- und Werksenat (Stand: 06.03.2013)</i>
EBB-Entwässerung	107.000 Euro	144.000 Euro
StABS-Anliegeranteile	407.200 Euro	261.000 Euro
GVFG-externe Förderanteile (Kreisverkehr – Festbetrags- förderung bis zu max. 265.000 Euro)	150.000 Euro	265.000 Euro
StBauF-externe Förderanteile (Beleuchtung)	85.732 Euro	51.000 Euro
Stadt Bamberg (Eigenanteil)	420.068 Euro	534.294 Euro
Summe	<u>1.170.000,00 Euro</u>	<u>1.255.294 Euro</u>

Hinsichtlich der Höhe der Anliegerbeiträge wurde eine Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) in Auftrag gegeben. Zum Ergebnis der gutachterlichen Stellungnahme wurde in der Sitzung des Bau- und Werkssenates am 04.12.2012 berichtet. Die Finanzierungsanteile der Stadtentwässerung sind aus dem Wirtschaftsplan des EBB entnommen.

Der um rund 114 T€ höhere Eigenanteil der Stadt ist auf die um 156 T€ geringeren Anliegeranteile nach Stabs zurückzuführen. Die Mindereinnahmen konnten durch die höheren Zuwendungen nicht zur Gänze kompensiert werden. Auch waren zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der geringeren Anliegeranteile bereits alle Baumaßnahmen abgeschlossen, sodass auch hier keine Dämpfung erzielt werden konnte.

Die Kostenfeststellung folgt im Wesentlichen mit der Kostenberechnung. Die Steigerung der Baukosten um rund 73 T€ liegt ausschließlich in der Mehrleistung (Unterflurcontaineranlage, Bepflanzung und Wegebau um die Grüninsel vor dem Justizgebäude) begründet.

II. Beschlussvorschlag

Der Bau- und Werkssenat nimmt vom Bericht des Entsorgungs- und Baubetriebes Kenntnis.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von --- für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von --- für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage/n: --

Verteiler: Baureferat
Stadtplanungsamt
Entsorgungs- und Baubetrieb

Bamberg, 11. März 2013
Entsorgungs- und Baubetrieb
der Stadt Bamberg

Michael Ilk
Techn. Werkleiter
Berufsm. Stadtrat

EBB: _____
Florian Probst

Vorlage VO/2013/0096-65

Beschluss des entscheidenden Gremiums:

Verteiler:
s. Sitzungsvorlage

Referat

Bamberg, 04.04.2013

Amt

Vorsitzender

SB